

VÖEW sieht Netzzusammenlegung kritisch Fragliche Ersparnis bei weitreichenden Folgen

Die von der Bundesregierung angedachte Zusammenlegung kleinerer Netzbetreiber bedeutet laut der VÖEW (Vereinigung Österreichische Elektrizitätswerke) keine Kostenersparnis, sondern bringt im Gegenteil massive Nachteile für rund eine Million Stromkunden und betroffene Regionen.

Im Detail warnen die insgesamt rund 100 privaten, kommunalen und genossenschaftlich organisierten Energieversorger in Österreich davor, dass die Zerstörung gewachsener, ländlicher EVU-Strukturen zahlreiche Nachteile für rund eine Million Menschen bedeuten würde. „Wenn die Nahversorger in Sachen Energie gekappt werden, hat das weitreichende Konsequenzen für die Stromkunden“, erläutert der Vorsitzende der VÖEW, Paul Kiendler. „Störungsbehebungen dauern länger, wenn Mitarbeiter vor Ort und der direkte Kundenkontakt fehlen, Arbeitsplätze fallen weg und damit die Wertschöpfung in der Region.“ Dazu kommt, dass in vielen Kommunen der Stromanbieter auch für Infrastruktur wie Wasser, Abwasser, Straßenbeleuchtung, Glasfaserkabel und vieles mehr zuständig ist – wichtige Synergien, die dann auch bei der Erschließung und Erweiterung von Siedlungsgebieten wegfallen würden. Zusammenlegungen und zentrale Steuerung können diese gewachsenen Vorteile nicht ersetzen, sind sich die 100 regionalen Stromanbieter der VÖEW sicher - wie auch die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur zentralen Gesundheitskasse gezeigt hat.

Bereits enge Zusammenarbeit der österreichischen Netzbetreiber

Dazu kommt, dass es bereits eine enge Zusammenarbeit der österreichischen Netzbetreiber – sowohl der kleinen untereinander als auch mit den großen - gibt. „Anlassbezogene gemeinsame Beschaffung von Betriebsmitteln wie zum Beispiel Smart Meter und technische Ausrüstung (zB. Trafos, Schaltfelder etc.) sowie Koordination beim Netzausbau existieren bereits“, so Paul Kiendler. Außerdem unter anderen:

- Gemeinsamer Betrieb von IT-Systemen und Nutzung ähnlicher Systemlandschaften wie große Netzbetreiber (z.B. Abrechnungssoftware)

- Umsetzung der Energiegemeinschaften
- Qualitätssicherung von Wechselrichtern, Wandlern und Transformatoren
- Einheitliche Branchen-Plattform für die Marktkommunikation (EDA)

Kostenerhöhung statt Kostensenkung

Ein Zusammenschluss von Netzbetreibern suggeriert im ersten Moment eine Kostensenkung. Allerdings ist zuerst mit einer deutlichen Kostenerhöhung zu rechnen, welche durch Standardisierung, Angleichung der Betriebs- und Entwicklungskonzepte, Abgeltung von Rechten etc. entstehen. Im schlimmsten Fall müssen sogar alle Zähler und die Dateninfrastruktur getauscht werden. Eine eventuelle Umsetzung verlangt einen Zeitrahmen von vielen Jahren, um geprüft und wirtschaftlich sinnvoll umgesetzt zu werden. Erst dann ist – wenn überhaupt - mit Kostenersparnissen zu rechnen, wobei wiederum die Frage nach den negativen Konsequenzen für die betroffenen Menschen bleibt.

Fondsfinanzierung mit vielen Unbekannten

Auch der Idee, den Netzausbau mithilfe eines Fonds zu finanzieren, sieht die VÖEW kritisch. Fragen wären etwa, wie wird der Fonds finanziert und wie wäre die Rückzahlung definiert? Wie erfolgt die Zuteilung von Geldern aus dem Fonds? Entsteht dadurch ein zusätzlicher administrativer Aufwand bei den Netzbetreibern, der weitere Kosten verursacht?

„Zu bedenken ist auch, dass hinter einem Fonds Investoren stehen, die ihre Gelder nur für eine angemessene Verzinsung bereitstellen werden. Schlussendlich muss eine Fondsfinanzierung günstiger als eine sonstige Fremdfinanzierung sein, damit ein Nutzen entsteht“, so der Vorsitzende der VÖEW, Paul Kiendler. „Jedenfalls muss ein System gefunden werden, das zu keiner Belastung für die Netzkunden führt. Aus Sicht der VÖEW würden wahrscheinlich auch Sicherheiten der Republik ausreichen, welche die Netzbetreiber den Banken bei Bedarf für die Kreditvergabe vorlegen könnten.“

Konstruktive, zukunftsorientierte Lösungen sind Gebot der Stunde

Was es jetzt aus Sicht der VÖEW braucht, sind zukunftsorientierte, sinnvolle Lösungen unter Einbindung aller Stakeholder mit dem Ziel, den Systemwandel in eine CO₂-neutrale Zukunft zu stemmen. Das wird zwar ein längerer Prozess, aber es gibt schon jetzt einfache Maßnahmen, die man setzen könnte, um den sonst notwendigen Netzausbau einzudämmen. Dazu zählen:

- PV-Anlagen mit Speichern zu kombinieren,
- Spitzenkappung zu bestimmten Zeiten,
- eine Lastverteilung bzw. Lastverschiebung und
- die systemdienliche Verwendung von Großbatteriespeichern.

Daneben wäre es notwendig, Daten- und Statistikmeldungen der Netzbetreiber an verschiedene Behörden auf ein notwendiges Maß zu beschränken – Stichwort Bürokratieabbau. Die VÖEW ist zu raschen und sachlichen Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen bereit, um eine für alle ÖsterreicherInnen faire Lösung für eine sichere Energiezukunft zu finden.

Rückfragehinweis:

Mag. Roland Tropper
Geschäftsführer
Augasse 20, 8020 Graz
0676 908 88 88

Foto: frei, Credit: VÖEW:

Paul Kiendler sen., Vorsitzender VÖEW